

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Dienstag, dem 06.11.2001

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.09.2001

II. Eingaben an den Rat

- 3 10 - 13 0787/2001 Eingabe von 7.503 Bürgern an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein zum "Bau eines Plakatmuseums im alten Lohmann-Querriegel-Gebäude" - finanziert mit öffentlichen Mitteln
- 4 02 - 13 0764/2001 Zuschussantrag zur Installation, Instandsetzung und Lagerung der Weihnachtsbeleuchtung
- 5 02 - 13 0781/2001 Regelmäßige Weihnachtsbeleuchtung mit Weihnachtsbaum auf dem Eltener Markt;
hier: Unser Schreiben vom 27.01.2001
- 6 04 - 13 0760/2001 Lebensmittelpakete für Asylbewerber in Emmerich am Rhein
- 7 05 - 13 0765/2001 Eingabe zur Verkehrssituation
- 8 06 - 13 0783/2001 Eröffnung einer Filiale der "Palette"

III. Vorlagen

- 9 01 - 13 0775/2001 Übertragung von Aufgaben an das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 103 Abs. 2 GO NW
- 10 01 - 13 0717/2001 Erlass einer Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung für die Stadt Emmerich am Rhein
- 11 02 - 13 0699/2001 Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an den Euro
(Euro-Anpassungssatzung für die Stadt Emmerich am Rhein)
- 12 10 - 13 0771/2001 Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an Bestimmungen des kommunalen Verfassungsrechtes
(Ortsrechtsanpassungssatzung)
- 13 10 - 13 0784/2001 Bildung eines Ältestenrates und Ersatzwahlen zu den Ausschüssen

- 14 70 - 13 0727/2001 Vorlage des Jahresabschlusses der Abwasserwerke Emmerich zum 31.12.2000 mit zugehörigem Prüfungsbericht und Beschluss zur Rückzahlung von Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 4 i. V. m. § 4 EigVO

IV. Anträge an den Rat

- 15 61 - 13 0761/2001 Rheinpromenadenumgestaltung
- 16 61 - 13 0786/2001 Höhe des festen Hochwasserschutzes an der Rheinpromenade - Planungsabschnitt 2
- 17 Mitteilungen und Anfragen
- 18 Einwohnerfragestunde

V. Nichtöffentlich

- 19 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.09.2001

VI. Eingaben an den Rat

- 20 01 - 13 0772/2001 Ankauf von Bildern

VII. Vorlagen

- 21 10 - 13 0785/2001 Vierteljahresbericht über die Vergaben mit einem Auftragswert über 10.000 DM
- 22 Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
 Arntz, Anneliese
 Beckschaefer, Christian
 Bongers, Karl-Heinz
 Brink ten, Johannes
 Camp, Wilhelm
 Diks, Johannes
 Elbers, Markus Herbert
 Gertsen, Gerhard
 Gies, Norbert Ludwig
 Gorgs, Hans-Jürgen
 Heering, Anneliese
 Hetterscheidt, Herbert
 Jansen, Albert
 Jessner, Udo
 Koster, Gregor
 Kremer, Helmut
 Kulka, Irmgard
 Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
 Lang, Hermann
 Lorenz, Marianne
 Maiß, Franz Georg Anton

Meisters, Gabriele
 Offergeld, Birgit
 Sloom, Birgit
 Spiertz, Andre
 Tenhaef, Alfred
 Trüpschuch, Elke
 Ulrich, Herbert
 Wernicke, Hans-Jürgen

Entschuldigt fehlen: Diekman, Rolf
 Möllenbeck, Irene
 Roebrock, Wilhelm
 Sickelmann, Ute
 Tapaß, Udo
 Struckhof, Detlef

Von der Verwaltung: Bürgermeister Boch
 als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs
 Herr Siebers
 Herr Arntz
 Herr Gürtzgen
 Herr Holtkamp
 Herr Kleipaß
 Herr Kraayvanger
 Frau Lebbing
 Frau Schlitt
 Herr Stangert
 Frau Evers (Schriftführerin)
 Frau Köster

Vom Eigenbetrieb
 Abwasserwerke: Herr Antoni
 Herr Gruyters

Vom Eigenbetrieb
 KKK: Herr Heyming

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.05 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, der örtlichen Presse, der Verwaltung und die zahlreich erschienenen Zuhörer.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

I. Öffentlich

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende erläutert für die Einwohner kurz das Verfahren der Einwohnerfragestunde. Er bittet die Bürger, die Fragen haben das Mikrophon zu benutzen und ihren Namen zu nennen, um Fragen evtl. schriftlich beantworten zu können.

Herr Went (Bürgerinitiative gegen den Bau eines Plakatmuseums mit öffentlichen Mitteln): "Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates. Herr Bürgermeister, Sie gestatten mir zur Einleitung meiner Frage eine kurze Feststellung. Die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau eines Plakatmuseums finanziert mit öffentlichen Mitteln hat sehr verantwortungsbewusst die Unterschriftenaktion in Emmerich durchgeführt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es für die Stadt Emmerich billiger wäre, den geplanten Bau des Plakatmuseums jetzt noch zu stoppen. Denn folgekosten von insgesamt fast 7 Mio. DM und mehr könnten dadurch gespart werden. Wir werten das Ergebnis: Immerhin haben sich 7.503 Bürger klar gegen den Bau des Plakatmuseums ausgesprochen, als einen echten Erfolg und als ein Zeichen klarer Sparsamkeit. bitte wägen Sie heute diese Stimmen sehr sorgfältig ab. Denn eine so deutliche Meinungsäußerung der Bürger dieser Stadt hat es noch nie in Emmerich gegeben. Diese Stimmen haben ein erhebliches Gewicht. Denn wir haben in vielen Gesprächen festgestellt, dass Bürger sehr wohl über die Geschehnisse in ihrer Stadt informiert sind, leider hörten wir auch oft, die machen ohnehin was sie wollen. Heute haben Sie, jedes einzelne Ratsmitglied, die letzte Gelegenheit eine Fehlentscheidung zu revidieren. Und nun meine Frage: Wird der Rat heute wirklich die Meinung von 7.503 Bürgern ignorieren oder besteht nicht jetzt die letzte Möglichkeit "nein" zu sagen, zu einem von einer Minderheit geforderten Plakatmuseum, um damit der Stadt Folgekosten in Millionenhöhe zu ersparen?"

Der Vorsitzende sagt hierzu, dass die Frage erst nach dem Tagesordnungspunkt 3 der heutigen Sitzung beantwortet werden kann.

Herr Willi Heering:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, welchen Wert besitzt der Entscheidungsverantwortung des Rates bei einer kostenträchtigen Fehlentscheidung für den Bürger? Worin bestehen die Konsequenzen jedes einzelnen Ratsmitgliedes bei der Entscheidung für ein nicht notwendiges Plakatmuseum mit zahlreichen finanziellen Unabwägbarkeiten durchgesetzt gegen den erkennbaren Willen unserer Bürgerschaft? Ist es nicht zu einfach Verantwortung zu übernehmen, die nichts kostet, den Bürger aber die Lasten aufbürdet. Muss Verantwortung nicht geprägt sein, von der Prämisse, dient diese Entscheidung dem Wohl der Bürger in dieser Stadt? Steht der Rat vor einer Wegemarkierung? In Zukunft wird jede Ratsentscheidung, ob für eine schmerzhaft Einsparung oder für eine Anhebung von Steuern, Abgabengebühren und Eigenkapitalverzinsung gemessen werden an Ausgaben für ein nicht notwendiges Plakatmuseum."

Der Vorsitzende sagt zu, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Herr Hans von Gimborn fragt nach, ob die bereits gezahlten Fördergelder vorläufig nicht zurückgezahlt werden müssen, wenn der Lohmann-Riegel bestehen bleibt, wie er jetzt ist?

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass wenn gar nichts gebaut wird, die Landesregierung zu gegebener Zeit auffordert, die Mittel abzurufen, d. h. mit dem Bau zu beginnen. Wenn der Bau des PAN nicht realisiert wird, müssen die Mittel zurückgezahlt werden.

Frau Rotraud Kemkes ist der Meinung, dass die Fördermittel nur dann zurückgezahlt werden müssen, wenn keine kulturelle Einrichtung geschaffen wird. Sie fragt nach, ob es richtig ist, dass die Mittel nur dann zurückgezahlt werden müssen, wenn PAN nicht gebaut wird oder auch wenn keine kulturelle Einrichtung geschaffen wird.

Der Vorsitzende zitiert aus dem Förderbescheid, wo es heißt: Umnutzung des Lohmann-Geländes im Anschluss an die Grunderwerb Förderung incl. Umbau des Querriegels des Plakatmuseums und Bürgerhaus. Dafür sind schon Zuschüsse i. H. v. 200.000 DM geflossen. In den Vorjahren sind bereits Zuschüsse für den Grunderwerb gezahlt worden.

Frau Kemkes fragt nach, wenn PAN realisiert wird und die Stadt Folgekosten i. H. v. 340.000 DM im Jahr aufbringen muss, ob dann Kürzungen in anderen kulturellen Bereichen vorgenommen werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Kürzungen im nächsten Jahr wie auch in den kommenden Jahren im kulturellen Bereich vorgenommen werden.

Herr Gerhard Becker fragt nach, ob die 8. Mio. DM (heute in der Presse zu lesen) realistisch und auch bleibt).

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Zahlen vorschriftsmäßig ermittelt und auch vom Land überprüft worden. Aufgrund dieser Zahlen hat das Land den Antrag bewilligt und auch die Höhe der Zuschüsse.

Herr Franz Lux fragt nach, ob die Befürworter des PAN es mit ihrem Gewissen verantworten, dass die Stadt Emmerich durch den Bau des Plakatmuseums noch tiefer in die Schuldenfalle geführt wird.

Der Vorsitzende vergewissert, dass jedes Ratsmitglied nach der Gemeindeordnung verpflichtet ist, dem Wohl der Gemeinde zu dienen. Jedes Ratsmitglied bildet sich selbst eine Meinung. Bei der Abstimmung zu TOP 3 der heutigen Sitzung wird die Meinung der einzelnen Mitglieder bekundet.

Frau Karla Derksen hat aus den Medien erfahren, dass der Bund der Steuerzahler, das PAN als eine Klasse zu hoch für Emmerich bezeichnet. Sie fragt nach, ob der Bürgermeister dieses auch so sieht.

Der Bürgermeister verneint diese Frage.

Herr Willibert Friedrichs fragt nach, welche Kosten auf den Bürger zukommen, wenn PAN nicht realisiert wird und welche Kosten auf den Bürger zukommen, wenn PAN verwirklicht wird.

Der Bürgermeister beantwortet diese Frage dahin gehend, dass, wenn PAN nicht realisiert wird, die Kosten 2,8 Mio. DM und wenn PAN gebaut wird, 2,7 Mio. DM betragen.

Herr Franz Teutenberg möchte wissen, ob die gastronomische Nutzung der Mehrzweckhalle gegenüber den Wirten in Emmerich zu einer kritischen Situation führt.

Der Vorsitzende ist nicht der Ansicht, dass die Mehrzweckhalle negative Auswirkungen auf die Emmericher Wirte hat, im Gegenteil, es würden sehr viele Besucher nach Emmerich kommen, nicht nur um das PAN zu besuchen, sondern auch in die Gastronomie einkehren werden.

Die weitere Frage von Herrn Teutenberg betr. der Kosten, wenn PAN gebaut oder nicht gebaut sind, das sind Ist-Zahlen, die Folgekosten sind ca. 342.000 DM jährlich.

Herr Christian Linke ist der Meinung, dass die Verwaltung sehr unvorbereitet in diese Sitzung gegangen.

Bürgermeister Boch erläutert auf die entsprechende Frage von Herrn Linken, die Zusammensetzung der jährlichen Kosten für das PAN. Die Personalkosten werden vom Förderkreis, der auch das PAN betreibt, übernommen.
Herr Linken vermisst eine Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Frau Liesel Rafferty fragt nach, was geschieht, wenn PAN Pleite macht.
Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass, sollte dieses geschehen, die Stiftung eintritt und wenn die Stiftung dieses auch nicht durchsetzen kann, das gesamte Vermögen der Stiftung in das Eigentum der Stadt Emmerich übergeht.

Herr Hermann Kersten fragt nach, wie sicher die Förderungen des Landes sind.
Bürgermeister Boch teilt hierzu mit, dass heute in der Presse zu lesen stand, dass die Mittel für Städtebauförderung aufgestockt werden.

Herr Alfred Weicht möchte wissen, welchen Betrag die Stadt als zusätzliche Investition vertreten kann, die sich aus Mehrkosten heraus ergibt und wie finanziert die Stadt diese Kosten.
Der Vorsitzende sieht dieses als Spekulation; die Verwaltung geht davon aus, dass die ermittelte Bausumme ausreicht.

Herr Melchior Hollands ist der Ansicht, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für ein Museum nicht erstellt werden kann, ein Museum muss öffentlich gefördert werden. Auch ist er der Ansicht, dass es für die Stadt ein großer Imageschaden auch mit finanziellen Folgen für die Stadt ist, wenn das Projekt PAN nicht verwirklicht wird.

Herr Heinz Benning spricht die Konsolidierungsmaßnahmen vom OKD an und fragt nach wie die Stadt plötzlich die Mittel für PAN bereitstellen kann.
Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass die Folgekosten für das PAN im Haushaltsplan berücksichtigt sind. Zusätzliche Mittel sind nicht erforderlich.

Frau Gabriele Kapelle spricht die Eingabe der EWG für den Zuschuss der Emmericher Weihnachtsleudtung an. Wenn dieser Zuschuss nicht gegeben wird, ist die Stadt in der Weihnachtszeit dunkel.

Weitere Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

TOP 2

Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.09.2001

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

II. Eingaben an den Rat

TOP 3

**Eingabe von 7.503 Bürgern an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein zum "Bau eines Plakatmuseums im alten Lohmann -Querriegel-Gebäude" - finanziert mit öffentlichen Mitteln
(Nr. 10 - 13 0787/2001)**

Bürgermeister Boch:

"Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen kurz die Stellungnahme der Verwaltung vortragen. Ich muss hier zurückgehen bis vor fast genau einem Jahr, es war am 07.11., da wurde dieses Thema schon einmal in einer Ratssitzung behandelt. Und zwar erhielt am 19.10.2000 die Verwaltung den Bewilligungsbescheid für den Umbau des Lohmann-Gebäudes. Überraschend dabei war für uns, wahrscheinlich auch für Sie, dass dieser Zuschuss i. H. v. 1,4 Mio. DM in drei Raten bewilligt wurde und dass dadurch die Stadt mit nicht unerheblichen Zwischenfinanzierungskosten rechnen musste. Angesichts dieser Tatsache, stellte sich die Frage, ist es wirtschaftlich überhaupt noch vertretbar und auch sinnvoll, das Projekt Lohmann weiter zu verfolgen. Das habe ich in der Ratssitzung am 07.11.2000 dann begründet, dass es aus wirtschaftlichen und auch für die Entwicklung Emmerich positiver ist, den Ratsbeschluss vom 15.12.98 auszuführen. Im Verwaltungsvorstand haben wir uns jetzt noch einmal ausgiebig über dieses Thema unterhalten und waren einstimmig der Meinung, dass sich die damals von mir aufgeführten Gründe nicht geändert haben, sondern sich im Laufe des letzten Jahres noch verhärtet bzw. sogar noch neue Gründe hinzu gekommen sind.

Ich möchte diese Argumente, die für die weitere Verfolgung des Projektes Lohmann sprechen, nochmals kurz aufführen:

1. Die bisher gewährten Landeszuschüsse müssen zurück gezahlt werden. Diesen Rückforderungsbeiträgen stehen nur z. T. die Erlöse aus dem Verkauf des Lohmann-Geländes gegenüber.
2. Das Risiko der zurück zu zahlenden Landesmittel. Hier steht die Bezirksregierung auf dem Standpunkt, das diese Landesmittel rückwirkend verzinst werden müssen. Sollte dieses so der Fall sein, kann mit Kosten von weit über 1 Mio. DM gerechnet werden.
3. Bis November 2000 waren bereits Kosten von ca. 650.000 DM angefallen. Mittlerweile haben sich diese Kosten um ca. 750.000 DM also auf knapp ca. 1,4 Mio. DM erhöht. Diesen Kosten stehen keine Einnahmen gegenüber. Hinzu kommt noch die Arbeitszeit vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die sich in den letzten Jahren, insbesondere in diesem Jahr mit dieser Maßnahme beschäftigt haben. Addiert man diese von mir genannten Kosten, entstehen der Stadt zum jetzigen Zeitpunkt Verluste i. H. v. ca. 2,2 Mio. DM, ohne das angesprochene Zinsrisiko.
4. Ende Mai d. J. wurden vom Land für die Umgestaltung des Nonnenplatzes als Vorplatz des Plakatmuseums zu einem repräsentativem Stadtplatz mit Aufenthaltsqualität sowie für die Umgestaltung zuführender Straßen mit Verkehrsflächen, Landesmittel i. H. v. ca. 942.000 DM bewilligt. Auch diese Landesmittel würden dann nicht gewährt und der städtebauliche wichtige Ausbau des Nonnenplatzes und der umliegenden Straßen könnte nicht durchgeführt werden oder eben die 942.000 DM müssten von der Stadt selbst finanziert werden bei einem Zinssatz von ca. 5,5 % sind das wiederum ca. 50.000 DM zusätzliche jährliche Belastungen für die Stadt Emmerich. Nicht beziffert lässt sich der Schaden bei den Förderstellen des Landes und der Bezirksregierung. Sicher ist, dass die eingesparten Fördermittel nicht für andere Projekte innerhalb der Stadt Emmerich zur Verfügung gestellt werden, höchstens für andere Projekte in anderen Städten. Die Landesregierung und die Bezirksregierung werden zukünftig Projekte, die die Stadt Emmerich gefördert haben möchte, kritisch betrachten. Warum soll man sich auch für Fördermittel zu Gunsten der Stadt Emmerich stark machen, wenn diese nicht abgerufen werden.

Fazit: Wie im vorigen Jahr kann ich auch jetzt nur sagen und auch noch stärker begründeter sagen, wenn man alle diese genannten Gesichtspunkte sachlich frei, von Emotionen berücksichtigt, ist es wirtschaftlich gesehen und auch für die Entwicklung Emmerichs positiver den Ratsbeschluss vom 15.12.1998 auszuführen und heute insofern keinen neuen Ratsbeschluss zu fassen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit."

Mitglied Camp ist der Meinung, dass Mitglied Beckschaefer nach § 6 der Geschäftsordnung der Stadt Emmerich als Mitglied und Sprecher der Bürgerinitiative befangen ist. Nach § 31 Abs 2 Nr. 2 der GO NW ist die Tätigkeit als Sprecher der BI als gleichrangiges Organ anzusehen und somit ein Ausschließungsgrund.

Die Verwaltung erklärt, dass nach Prüfung die einschl. Rechtsprechung des § 31 der GO NW eine Befangenheit verneint.

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Diks das Wort:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Initiativkreis Leitbild diskutiert z. Zt. über das Image von Emmerich. Ein Ergebnis der Diskussion ist, ich zitiere: „Maßnahmen und Entscheidungen werden als unständig empfunden. Hier geht es um die mehrfach gemachte Feststellung, dass einmal getroffene Entscheidungen nicht gemeinsam umgesetzt, sondern zerredet oder die Umsetzung sonst wie verhindert wird.“

Das erinnert mich stark an diesen Tagesordnungspunkt.

Wir haben am 15.12.1998 mit 24 zu 13 Stimmen eine eindeutige Mehrheitsentscheidung getroffen. Der Kreis hat die Maßnahme genehmigt, das Land fördert die Maßnahme mit hohen Zuschüssen.

Mehr als zwei Jahre nach dieser Ratsentscheidung, kurz vor der Grundsteinlegung – als alles auf dem Weg gebracht war, sozusagen 5 vor 12 entwickelt sich Widerstand.

Der Versuch über eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister scheidet kläglich. Ein Bürgerbegehren war für nicht zulässig erklärt worden. Die Antwort des Bundes der Steuerzahler wird der BI und BGE auch nicht gefallen haben. War diese doch viel zu harmlos ausgefallen. Bleibt also noch der Bürgerantrag über den wir heute zu beraten haben.

Die Stellungnahme der CDU fällt aus zwei Gründen kurz aus. Erstens ist es das Ziel der PAN Gegner, neu über die Thematik zu diskutieren, um dadurch die Chance zu erhalten, ein neues Bürgerbegehren zu beantragen. Und zweitens: Es ist längst alles gesagt worden.

Die suggestive Fragestellung der Unterschriftenliste, verwirrendes Zahlenmaterial sowie aus dem Zusammenhang gerissene Zitate können für uns nicht Anlass sein, den Ratsbeschluss vom 15.12.1998 aufzuheben.

Es wurden Behauptungen aufgestellt und Presseerklärungen abgegeben wider besseren Wissens. Die Herren Went, Beckschaefer und Heering haben ignoriert, dass weder Kürzungen im Kultur-, Jugend- oder Sportetat noch Steuererhöhungen wegen PAN geplant waren bzw. sind. Doch bei der Unterschriftensammlung war dies ein oft angeführtes Argument gegen angespannteren.

- Fakt ist, dass der Zuschuss an PAN in Höhe von ca. 100 TDM, 0,1 % des Emmericher Haushaltes darstellt. Da kann man wohl kaum von einer bedrohlichen Entwicklung der Stadt auf dem Weg zum Bankrott sprechen, wie es Herr Heering in der Rheinischen Post vom 14.08. getan hat.
- Fakt ist, dass bei Nichtrealisierung 2,5 Mio. DM Landesmittel zurückgezahlt werden müssen!
- Fakt ist, dass bereits heute 1,4 Mio. DM ausgegeben bzw. in Auftrag gegeben wurden.

- Fakt ist, dass die Gestaltung des Nonnenplatzes nur bei Realisierung des Museums, mit 942 TDM vom Land gefördert wird, sonst dürfen wir die gesamte Gestaltung selber zahlen.
- Fakt ist, dass bei Nichtrealisierung ca. eine weitere Million DM Zinsen ans Land zu erstatten sind, falls das Land darauf besteht und davon müssen wir ausgehen.
- Fakt ist, dass es eine genehmigte PAN Stiftung gibt, die das Ziel hat, mittelfristig die Folgekosten für das Museum aufzubringen.
- Fakt ist, dass bei Realisierung des Museums die Stadt eine sanierte Immobilie im Wert von ca. 8,8 Mio. DM besitzt.
- Fakt ist, dass wir bei Nichtrealisierung einen ähnlich hohen jährlichen Aufwand haben, aber kein Gegenwert – also nichts – auf der Habenseite steht!

Fakten über die PAN Gegner gerne hinwegsehen.

Wir nehmen durchaus die 7.503 Unterschriften ernst, aber letztlich nimmt uns niemand die Verantwortung ab. Wir haben dem Wohl der Gemeinde zu dienen. Jedes Ratsmitglied entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. So steht es in der Gemeindeordnung.

Das Fazit aus diesen Fakten kann nur sein, der BI mitzuteilen, dass die Eingabe zur Kenntnis genommen wird. Eine erneute Entscheidung in der Sache wird nicht getroffen.

Wir wollen das Emmerich sich weiterentwickelt.

Wir wollen keine Industriebrache in der Innenstadt.

Wir wollen eine attraktivere Innenstadt.

Wir wollen ein von PAN geführtes Museum mit der Plakatsammlung.

Wir wollen den Multifunktionsraum.

Wir wollen die Nonnenplatzneugestaltung mit Fördergeldern des Landes.

Wir wollen die Stärkung von Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel.

Ich beantrage nach Beschlussvorlage der Verwaltung abzustimmen."

Mitglied Jessner:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Sache, über die wir heute sprechen, ist nun weiß Gott nicht neu. Wir tun das wie über so vieles in Emmerich seit Jahren. Seit Mitte der 80-er Jahre reden wir über das, was mit dem Lohmann-Gelände passieren soll. Wir haben in dieser Zeit Grundstücke und Gebäude gekauft, haben dafür erhebliche Landesmittel gekriegt, wir haben Pläne entwickelt und verworfen, wie wir das hier auch in Emmerich so gerne tun. Fast von Anfang an war die Vorstellung mit im Spiel, auch an dieser Stelle das Plakatumuseum unterzubringen. Ganz zu Anfang ging es noch um die Frage, ob dort auch ein Jugendzentrum errichtet werden könnte. Jugend- und Kulturzentrum war die ursprüngliche Idee.

Wir haben das, wie in Emmerich üblich, mit quälender Langsamkeit getan und in all den Jahren Unterschriftenaktionen, Bürgerbegehren – Fehlanzeige.

Wir haben dann 1998, endlich 1998, nach fast 15 Jahren, einen Ratsbeschluss gefasst. Er ist ausführlich öffentlich diskutiert worden, von einigen kritisiert, von anderen gelobt, aber es ist eine abschließende Entscheidung gewesen. Unterschriftenaktionen, Bürgerbegehren – Fehlanzeige.

Und dann hat die Verwaltung begonnen, diesen Ratsbeschluss auch umzusetzen, das ist ihre Aufgabe. Vielleicht nicht so schnell wie mancher sich das gewünscht hätte, es ist eine Reihe von Jahren wieder ins Land gegangen, aber wir haben Landesmittel beantragt. Zum Teil sind sie bewilligt worden. Wir haben das Kerngebäude abgebrochen, wir haben den Städtebaulichen Vertrag abgeschlossen mit einem Investor. Wir haben das

Bebauungsplanverfahren Lohmann-Gelände eingeleitet, wir haben Gestaltungspläne für den Nonnenplatz gewälzt, wir haben den Vertrag mit dem PAN, mit dem Museum und der Stiftung verhandelt. Wir haben den Bau des neuen Kindergartens begonnen, der ist inzwischen realisiert. Wir haben also investiert und auf der Grundlage dieses Ratsbeschlusses Fakten geschaffen. Unterschriftenaktionen, Bürgerbegehren – Fehlanzeige.

Dann haben wir einen Grundstein gelegt für das Plakatmuseum. Und das war praktisch der Tag, an dem das Bürgerbegehren gegen das Plakatmuseum aus der Taufe gehoben worden ist. Sind wir denn von allen guten Geistern verlassen. In welcher Stadt ist das möglich frage ich Sie, in welcher Stadt ist das noch möglich. Wir machen uns doch lächerlich.

Die Initiatoren des Bürgerbegehren haben sich richtig ins Zeug gelegt. Das Ergebnis gibt ihnen fast Recht, scheint ihnen Recht zu geben. 7.500 Unterschriften sind kein Pappenstein, alle Achtung. Und trotzdem muss man auch sehen, dass einige Akteure von denen ich das weiß, denen war von vornherein klar, dass wir inzwischen Fakten geschaffen haben, die es überhaupt nicht möglich machen, eine andere Entscheidung zu treffen, den alten Ratsbeschluss zu revidieren. Es sei denn wir wollten öffentliches Vermögen verschleudern. Das kann ja nun kein Mensch wollen, dass wir das tun. Und man darf vielleicht auch sagen, dass bei Sammlung der Unterschriften mit Halbwahrheiten und vielleicht auch mit Unwahrheiten operiert worden ist. Also, die finanziellen Folgen, die von den Initiatoren des Bürgerbegehrens dargestellt worden sind, die sind so falsch und ich behaupte mal, ein gut Teil der Unterschriften wäre nicht zustande gekommen, wenn die finanziellen Folgen nun richtig dargestellt worden wären, denn richtig ist, dass wir z. Zt. an einem Punkt sind, an dem das Rückabwickeln zur Folge hätte, dass wir die gleichen Kosten zu tragen hätten unter Verschleuderung, Verschwenken unseres Vermögens. Wer kann das den wollen. Und wir könnten gleich die Umgestaltung des Nonnenplatzes mit abschreiben, das ist nämlich Teil dieses Paketes und die Fördermittel werden nur deshalb gewährt für die Umgestaltung des Nonnenplatzes, weil es der Vorplatz für das Plakatmuseum ist.

Wer kann das denn wirklich wollen hier in Emmerich. Mal ganz davon abgesehen, Herr Boch hat es gerade gesagt, der Imageschaden, den wir anrichten würden, wenn wir denn so handelten, auch beim Land und bei der Bezirksregierung wäre kaum hoch genug einzuschätzen.

In dieser Lage bleibt nur dem Verwaltungsvorschlag zu folgen und zu sagen, es bleibt bei diesem alten Ratsbeschluss. Es gibt keine Notwendigkeit, eine neue Beschlusslage herbeizuführen. Dies ist jedenfalls die Auffassung unserer Fraktion und ich bitte die genau so zu respektieren, wie ich mich bemühe, Ihre Auffassung zu respektieren.

Und abschließend gestatten Sie mir noch eine Bitte - quasi so an alle Emmericher, lassen Sie uns bitte vornehmen, künftig Entscheidungen sorgfältig vorzubereiten, ausführlich zu diskutieren, sie nach Möglichkeit im Konsens zu treffen, wenn es nicht anders geht, vielleicht auch mit Mehrheit. Mehrheit muss reichen in der Demokratie. Aber lassen sie uns dann bitte aufhören, diese Entscheidung, wenn sie einmal getroffen ist, fortwährend immer wieder in Frage zu stellen, sondern lassen sie uns dazu kommen, Entscheidungen, wenn sie einmal getroffen sind, konsequent durchzuführen. Nur dann können wir Emmerich voranbringen.

Ich danke Ihnen."

Mitglied Beckschaefer:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Mitbürger, die Ausführungen meiner beiden Vorredner reizen mich eigentlich zu einigen Antworten, aber ich bleibe bei dem von mir vorbereiteten Konzept. Vorher habe ich allerdings eine Frage an Herrn Bürgermeister Boch. Sie haben vorhin gesagt, 900.000 DM für die Gestaltung des Nonnenplatzes sind bewilligt. Mein Kenntnisstand bis vor einer halben Stunde war, dass

vom Land eine Bescheinigung vorliegt, dass Baubeginn nicht förderschädlich ist, dass es aber eine Förderzusage noch nicht gibt. Hat sich das geändert?"

Bürgermeister Boch beantwortet die Frage dahin gehend, dass ein Verbot der Refinanzierung vorliegt, dieses mehr oder weniger als Bewilligung gilt. Eine formelle Bewilligung liegt jedoch nicht vor.

Mitglied Beckschaefer:

"Heute behandelt der Rat der Stadt Emmerich die Eingabe von 7.503 Bürgern unserer Heimatstadt.

Erstaunt bin ich über den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Behandlung dieser Eingabe.

Bürgermeister Boch hat mir und zwei weiteren Beteiligten am 31. August zugesagt, die Bürgereingabe ohne Beschlussvorschlag dem Rat vorzulegen. Mein Vertrauen in die Aussagen des Bürgermeisters ist nun doch deutlich erschüttert.

Wir betrachten es als eine Missachtung des Bürgerwillens, über den gestellten Antrag nicht abzustimmen zu lassen. Ein wahres Glanzstück der so oft beschworenen Bürgernähe. Das mag zwar rechtlich zulässig sein, aber es wird auf diesem Weg versucht, eine klare Abstimmung in der Sache zu verhindern. Hat man etwa Angst davor?

Und übrigens: Heute werden sechs Eingaben behandelt, zu fünf Eingaben gibt es nur eine Stellungnahme der Verwaltung, während bei der Eingabe von 7.503 Bürgern eine Beschlussempfehlung der Verwaltung vorliegt, die den Bürgerwillen ignoriert.

Deswegen stellt die BürgerGemeinschaft jetzt folgenden Antrag:

„Das Plakatmuseum im alten Lohmann-Querriegel-Gebäude soll nicht mit öffentlichen Mitteln gebaut werden. Rat und Verwaltung werden gebeten, über eine andere Verwendung des Geländes zu beraten – möglichst unter Berücksichtigung einer förderunschädlichen anderweitigen Nutzung.“

Das Thema Plakatmuseum beschäftigt den Rat und die Bevölkerung seit Jahren und ist ohne Zweifel sehr umstritten.

Die BürgerGemeinschaft war von Beginn an gegen den Bau des Plakatmuseums mit öffentlichen Mitteln – und ich zitiere wörtlich aus unserem Grundsatzprogramm 1999 –

„Auch mit Landeszuschüssen müssen Wunschträume finanzierbar sein – die Stadt Emmerich darf ihre finanziellen Möglichkeiten nicht überschreiten“:

Und wir werden diese Haltung konsequent beibehalten, weil Emmerich sich das Projekt nicht leisten kann.

Die CDU hat sich in ihrem Wahlprogramm 1999 für ein Kulturforum im Lohmann-Gelände ausgesprochen, allerdings unter der Bedingung – ich zitiere – „Es muss finanzierbar sein und darf mit bestehenden Einrichtungen nicht konkurrieren.“ Steht die CDU-Fraktion heute noch zu ihrer Aussage?

Die FDP hat bis zum Wahltag 12. September 1999 vollmundig vor dem Lohmann-Gelände plakatiert „Hier bleibt kein Stein auf dem anderen.“

Wir werden heute sehen, wie sich die FDP an ihr Wahlversprechen hält.

Und die SPD hat von Anfang an deutlich für das Plakatmuseum votiert und diese Meinung trotz höherer Bausumme und Folgekosten bis heute beibehalten.

Allerdings ist uns unverständlich, dass Frau Möllenbeck – bisherige Fraktionsvorsitzende der SPD Emmerich und ehemalige Landtagsabgeordnete – gestern in der NRZ die Aussagen des Bundes der Steuerzahler als „Normbrief“ bezeichnet.

Der Schlussbewertung des Bundes der Steuerzahler lautet: „Die finanziellen Risiken für die

Stadt aus dem Bau des Plakatmuseums sind in Anbetracht der aktuellen und absehbaren Finanzlage unakzeptabel hoch“ – eine deutliche Warnung.

Und wenn Herr Kulka sich gestern öffentlich zum Thema PAN äußert, erinnern wir daran, dass er als ehemaliger Stadtdirektor große Verantwortung für das RheinCenter trägt. Mit dem seinerzeitigen demokratischen Mehrheitsbeschluss wurde das hässlichste Einkaufszentrum am Niederrhein, nahezu unvermietbar, geschaffen, ein wahrer Magnet für die Innenstadt.

Und mit dem gleichen demokratischen Mehrheitsbeschluss wurde aus dem lebendigen Neumarkt ein toter Neumarkt. Noch ein Magnet für die Innenstadt. Vor dieser Entwicklung hat die BürgerGemeinschaft seinerzeit gewarnt, genauso wie heute vor dem Bau des Plakatmuseums.

Heute gibt es zum allerletzten Mal die Möglichkeit, eine Fehlentwicklung für die Stadt Emmerich zu verhindern. Vor dem Hintergrund der immer angespannteren Finanzlage des Bundes, des Landes und der Kommunen können wir uns ein derartiges Projekt mit Folgekosten von 340.000 jährlich – das sind mindestens 7 Millionen DM in den nächsten 20 Jahren – wirklich nicht leisten.

Heute lese ich in den Mitteilungen des Städte- und Gemeindebundes, dass sich bereits 102 Kommunen in NRW im Haushaltssicherungskonzept befinden.

In den nächsten Tagen wird eine Steuereinschätzung mit einem Einnahmerückgang von 30 Milliarden DM bei Bund, Ländern und Gemeinden erwartet.

Vom Landrat liegen kritische Verfügungen zur Haushaltslage der Stadt Emmerich vor.

Vor dem Hintergrund der veränderten Finanzlage bei Bund, Ländern und Gemeinden wird sich auch die Finanzsituation in Emmerich ändern. Wegen dieser geänderten Situation gegenüber der Beschlusslage 1998 sehen wir große Probleme bei der Finanzierung der Folgekosten.

Abgesehen davon befürchten wir schon heute, dass der Bau des Plakatmuseums deutlich teurer als die angesetzten 8 Millionen wird. Man hört so einiges über die mangelhafte Qualität der Ausschreibungen.

Eine weitere Folge von Kostenerhöhungen wird sein, dass die Verschönerung der Innenstadt und andere wichtige Aufgaben für lange Zeit auf der Strecke bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle haben uns verpflichtet, Schaden von der Stadt abzuwenden. Dazu sind wir von den Bürgern gewählt worden.

Und unsere Aufgabe sollte es auch sein, auf die Bürger zu hören und keine Zwangsbeglückung vorzunehmen.

Ich befürchte, heute macht die Ratsmehrheit genau das, nämlich den Bürgern der Stadt Emmerich ein Vorhaben aufzuzwingen, das sie gar nicht haben wollen.

Lassen Sie mich noch einen Schlusssatz sagen:

Wenn heute die PAN-Gegner unterliegen, dann wird die Zukunft uns beweisen, ob wir heute nicht alle verloren haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Mitglied Camp:

"Meine Damen und Herren,

ich möchte Herrn Beckschaefer Recht geben mit der Feststellung, dass wir vor den Wahlen eine total andere Meinung hatten. Aber das heißt ja nicht, dass man sich nicht kundig machen kann und zu einer besseren Meinung kommt. Wir waren damals z. Zt. noch nicht im Rat und hatten eben so gut wie keine Informationen, und die haben wir uns im Laufe der Zeit angeeignet und sind zu dem Entschluss gekommen – da selbst die BGE und die Bürgerinitiative für das PAN sind – wenn es nichts kosten würde, ist es für mich ein gutes Zeichen. Wir brauchen in Emmerich was Neues. Und das PAN mit der Neugestaltung des Nonnenplatzes ist was Gutes für unsere Stadt. Ein Schritt in die richtige Richtung. Das

Museum wird teuer und hoffentlich gut. Wenn das nichts kostet, ist es auch nichts. Und die Fördermittel fließen dann woanders hin. Gebaut oder nicht gebaut. Die Kosten sind, wie man mir sagte, die Gleichen. Und die Folgekosten lediglich 0,1 % des Haushaltes der Stadt. Kultur ist nun mal nicht zum Nulltarif zu haben. Somit muss ich im Interesse der Stadt und der Kultur die bereits im Jahre 98 gefallene Entscheidung im Rat für gutheißen.

Ich beantrage im Namen der FDP nach Beschlussvorlage zu entscheiden."

Mitglied Gies:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, einige Äußerungen meiner Vorredner, insbesondere von CDU und SPD, veranlassen mich doch zu einem Kommentar. Was ist denn eigentlich geschehen. Da wehrt sich die überwiegende Mehrheit der Emmericher Bevölkerung gegen ein Plakatumuseum und deren unverantwortlichen Finanzierung und deren Folgekosten und gründet eine Bürgerinitiative. Und was passiert, ein Riesengeschrei. Man wirft uns undemokratisches Verhalten vor, weil wir gegen einen Ratsbeschluss opponieren. Da spricht man von Lug und Trug und wie man gestern noch lesen konnte, von regelrecht eingetriebenen Unterschriften. Da wird von führenden Politikern die Korrektheit der Unterschriften angezweifelt, da werden Ratsmitglieder massiv unter Druck gesetzt, pro PAN zu stimmen, andernfalls sie ihr Mandat verlieren oder bei der nächsten Wahl nicht mehr aufgestellt werden. Da versuchen prominente Bürger oder solche, die sich dafür halten, in Einzelhandelsgeschäften, in denen die Unterschriftslisten ausliegen, lauthals Inhaber und anwesende Kunden zu nötigen, die Listen sofort zu entfernen. Oder da stempelt man mit einem Oberlehrergehabe alle Bürger, die gegen PAN sind, als kleingeistige Krämerseelen ab und dann wagen Sie es, meine Damen und Herren, uns undemokratisches Verhalten vorzuwerfen. Und ich muss es leider sagen, Ihre gesamte Argumentation pro PAN ist so dürftig, dass Sie zu Mitteln und Methoden greifen müssen, die weit unter ihrer Intelligenzschwelle liegen. Und noch etwas. Glauben Sie mir eins, die Bürger unserer Stadt sind sehr wohl informiert. Ich habe selbst mit vielen hunderten Emmericher Bürgern gesprochen und es hat mich betroffen gemacht, wie weit die Politik sich von den Bürgern entfernt hat. Der Kontakt der Politiker zur Basis ist kaum noch vorhanden. Und wenn in diesen Tagen die Universität Koblenz-Landau ermittelte, dass die beiden großen Parteien CDU und SPD nur noch 10 % Stammwähler haben, dann beweist das meine Feststellung und sollte allen Politikern zur nächsten Wahl zu denken geben. Und noch etwas, was mich sehr betroffen gemacht hat. Es besteht in dieser Stadt zwischen den Bürgern und dem Rathaus eine Kluft, die erschreckend ist und nicht größer sein kann und die nicht die Bürger zu verantworten haben. Und wenn jetzt einige PAN-Befürworter sagen, wir können nicht mehr zurück, Augen zu und durch, dann beweist das doch bei allen Zahlendiskussionen, die geführt werden, dass sie im Grunde die auf uns zukommenden Probleme ebenfalls erkannt haben und eigentlich auch gegen den Bau in dieser Form und mit dieser finanziellen Ausstattung sein müssten. Und meine Damen und Herren, und wenn sie sich hier und heute in diesem Rat mehrheitlich für den Bau des PAN entscheiden, dann entscheidet hier eine Minderheit Kraft ihres Mandates gegen die Mehrheitsentscheidung aller Emmericher Wähler. In meinen Augen ist dies eine Missachtung ihrer Verpflichtung nach bestem Wissen und Gewissen Schaden von der Stadt und ihren Bürgern abzuwenden. Denn dann haben sie ihr Wissen nicht benutzt und ihr Gewissen nicht befragt."

Mitglied Maiß:

"Meine Damen, meine Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich möchte zunächst eine Sache klar rücken. Der Herr Beckschaefer hat vorhin geäußert, etwas zum Thema RheinCenter. Über die Qualität dieses schönen Hauses mag man sich streiten. Ich schätze das Gebäude auch nicht, habe es noch nie geschätzt. Aber hier wird

der Eindruck erweckt, als sei dieses Gebäude ein städtisches Haus und man könne per Ratsbeschluss dieses hässliche Ding schöner machen. Dies ist etwas was bei vielen Emmerichern herumgeistert, so ähnlich wie das Neumarkt, das Rewe-Center, das muss nur der Rat beschließen, dann ist das Gebäude schön und neu, denn das ist doch alles städtisch.

Und ich denke, auf dieser Schiene sollten wir nicht weiter arbeiten.

Aber jetzt zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Bei uns Grünen sind Meinungsbilder üblich. Bei jeder Versammlung gibt es so etwas vor entscheidenden Abstimmungen. Man holt sich das Votum der Umstände ein und das ist etwas sehr charmantes und etwas gutes. Hier in diesem Falle – in unserem Falle – haben von ca. 21.000 Wahlberechtigten 7.503, etwa 1/3 gesagt, wir sind gegen das PAN. Das bedeutet gleichzeitig, dass 2/3 nicht gegen das PAN sind. Wenn der Herr Gies vollmundig von der überwiegenden Mehrheit spricht, dann müsste er korrekterweise sagen, die überwiegende Mehrheit derer, die bei der letzten Kommunalwahl zur Wahl gegangen sind. Aber das hat er nicht gesagt. Ich wiederhole, das hat der Herr Gies gerade eben nicht gesagt. Wenn also hier eine sehr große Zahl von Emmericher, ich will die Zahl nicht klein reden und den Eifer und das Engagement derer, die es besorgt haben, auch nicht und wenn eine große Zahl Emmericher gegen das PAN ist, muss man dennoch festhalten, 2/3 sind nicht dagegen. Bei den Grünen würde jetzt folgendes Verfahren einsetzen, diejenigen, die das Recht und die Pflicht haben zu entscheiden, Mitglieder oder Delegierte, würden jetzt entscheiden und ich denke mir, bei diesem Meinungsbild – 1/3 strikt dagegen, 2/3 nicht dagegen, ist die Sache eindeutig. Wir haben bei unserer Basis, soweit man es überhaupt bei Wählern kann, die sagen ja nicht, was sie gewählt haben, nicht unbedingt, ebenfalls Rücksprache gehalten und haben versucht herauszufinden, was ist denn bei denen und die sagten eindeutig und einstimmig allemal, wir haben Grün gewählt wohlwissend, dass das Lohmann, dass das Plakatmuseum euer Thema ist seit vielen Jahren und wir fänden es unmöglich das nun zu stoppen. Die Basis, die grüne Basis muss ich vielleicht einschränkend sagen, ist der Meinung, PAN ist ein Gewinn für die Stadt, PAN ist die einzige, vielleicht die einzige Möglichkeit in absehbarer Zeit neue Gäste in die Stadt zu locken. Wenn wir die Rheinpromenade schön machen wie nur was, dann wird trotzdem, dann wird auch diese schöne neue Rheinpromenade nicht unbedingt neue Leute, die noch nie in Emmerich waren, nach Emmerich locken. Und wenn wir das RheinCenter so schön machen wie nur was, dann werden die Leute trotzdem sagen, die Arkaden oder ich weiß nicht was, das Centro sind schöner als dieses Gebäude in Emmerich und sie werden deswegen nicht nach Emmerich kommen. Die einzige Möglichkeit so sagt unsere Basis, neue Leute in die Stadt zu locken, sei das PAN. Etwas anderes sieht man im weiten Umfeld nicht. Wir, alle Ratsmitglieder sind nun verpflichtet, auf das Wohl der Stadt und von daher denke ich mir, bleibt uns Ratsmitgliedern nichts anderes übrig, als für das Wohl der Stadt einzutreten und hier an dieser Stelle für das PAN."

Mitglied Spiertz stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Der Rat beschließt gemäß § 15 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse namentliche Abstimmung.

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Zum Abstimmungsverfahren erklärt der Vorsitzende, dass er die einzelnen Ratsmitglieder in der alphabetischen Reihenfolge aufruft. Er lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung (§ 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse) abstimmen.

Der Rat beauftragt den Bürgermeister, die Bürgerinitiative darüber zu informieren, dass kein erneuter Beschluss zur Sache gefasst wird.

Arntz, Anneliese	Nein
Arntzen, Helmut	Ja
Beckschaefer, Christian	Nein
Bongers, Karl-Heinz	Ja
Brink ten, Johannes	Ja
Camp, Wilhelm	Ja
Diks, Johannes	Ja
Elbers, Markus Herbert	Nein
Gertsen, Gerhard	Ja
Gies, Norbert Ludwig	Ja
Gorgs, Hans-Jürgen	Ja
Heering, Anneliese	Nein
Hetterscheidt, Herbert	Ja
Jansen, Albert	Ja
Jessner, Udo	Ja
Koster, Gregor	Ja
Kremer, Helmut	Ja
Kulka, Irmgard	Ja
Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf	Ja
Lang, Hermann	Ja
Lorenz, Marianne	Ja
Maiß, Franz Georg Anton	Ja
Meisters, Gabriele	Ja
Offergeld, Birgit	Ja
Sloot, Birgit	Ja
Spiertz, Andre	Nein
Tenhaef, Alfred	Ja
Trüpschuch, Elke	Ja
Ulrich, Herbert	Ja
Wernicke, Hans-Jörgen	Ja
Boch, Horst	Ja

Der Rat beauftragt den Bürgermeister, die Bürgerinitiative darüber zu informieren, dass kein erneuter Beschluss zur Sache gefasst wird.

Nach der Abstimmung wird die Sitzung von 19.20 Uhr bis 19.40 Uhr unterbrochen.

TOP 4

Zuschussantrag zur Installation , Instandsetzung und Lagerung der Weihnachtsbeleuchtung (Nr. 02 - 13 0764/2001)

Mitglied Diks stellt den Antrag, der EWG den Zuschuss i. H. v. 10.000 DM sowie dem Verschönerungsverein Elten einen Zuschuss i. H. v. 2.000 DM zu gewähren. Gleichzeitig bittet er die Verwaltung mit beiden Vereinen Gespräche zu führen, um für die Zukunft eine grundsätzliche Konzeption zu erhalten. Es sollten hier regelmäßige Zuschüsse in Aussicht gestellt werden, den man dann auch in die Finanzplanung einstellt

Mitglied Beckschaefer schließt sich dem Antrag an.
Mitglied Wernicke schließt sich dem Antrag an, auch er wünscht für die Zukunft eine dauerhafte Lösung.

Mitglied Maiß ist auch für eine Bezuschussung an beide Vereine, jedoch ist er der Auffassung, diese Angelegenheit zur weiteren Beratung an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu verweisen.

Mitglied Camp stimmt der Bezuschussung zu; auch er sieht die Zuständigkeit zukünftig bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat beschließt der EWG einen Zuschuss i. H. v. 10.000 DM zu gewähren.
Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Zukunft ein Konzept betr. der regelmäßigen Bezuschussung zu erarbeiten.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5

**Regelmäßige Weihnachtsbeleuchtung mit Weihnachtsbaum auf dem Eltener Markt ;
hier: Unser Schreiben vom 27.01.2001
(Nr. 02 - 13 0781/2001)**

In Anlehnung an TOP 4 lässt der Vorsitzende über den gestellten Antrag abstimmen.

Der Rat beschließt, dem Verschönerungsverein Elten einen Zuschuss i. H. v. 2.000 DM zu gewähren.
Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Zukunft ein Konzept betr. der regelmäßigen Bezuschussung zu erarbeiten.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6

**Lebensmittelpakete für Asylbewerber in Emmerich am Rhein
(Nr. 04 - 13 0760/2001)**

Mitglied Jessner stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Wird in der Sitzung des Sozialausschusses am 15.11.2001 behandelt.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7

**Eingabe zur Verkehrssituation
(Nr. 05 - 13 0765/2001)**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Am 16.10.2001 fand unter Beteiligung einiger Anwohner und dem Ortsvorsteher Herrn Laqua ein Ortstermin statt. Im Rahmen des Ortstermins waren sich alle Beteiligten einig, dass im Kreuzungsbereich Raiffeisenstraße/Fürstenhof eine Aufpflasterung mit vorhandenen Betonrechtecksteinen sinnvoll ist. Auf die Ausweisung eines "verkehrsberuhigten Bereiches" wurde aufgrund der Parkplatzproblematik verzichtet. Die Aufpflasterung wird im Zusammenhang mit dem Ausbau der Sulenstraße im Dezember 2001 durchgeführt.

TOP 8

Eröffnung einer Filiale der "Palette" (Nr. 06 - 13 0783/2001)

Die Mitglieder Maiß und Beckschaefer stellen den Antrag, diese Angelegenheit auch im Sozialausschuss am 15.11.2001 zu beraten.
Der vorsitzende schlägt vor, die Angelegenheit im Sozialausschuss am 15.11. und parallel im ALU zu beraten.

Verweisung an den Sozialausschuss und den Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

III. Vorlagen

TOP 9

Übertragung von Aufgaben an das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 103 Abs. 2 GO NW (Nr. 01 - 13 0775/2001)

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat überträgt dem Rechnungsprüfungsamt gemäß § 103 Abs. 2 GO NW die Prüfung der Vergaben der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sowie die Prüfung der Jahresrechnung des Betreuungsangebotes "Dreizehn Plus" und der Jahresrechnung der Jugendsozialarbeit.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 10

Erlass einer Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung für die Stadt Emmerich am Rhein (Nr. 01 - 13 0717/2001)

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die in der Vorlage als Anlage 1 bezeichnete Allgemeine

Verwaltungsgebührensatzung für die Stadt Emmerich am Rhein.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 11

**Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an den Euro
(Euro-Anpassungssatzung für die Stadt Emmerich am Rhein)
(Nr. 02 - 13 0699/2001)**

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage 1 gekennzeichnete Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an den Euro (Euro-Anpassungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein).

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 12

**Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an Bestimmungen des kommunalen Verfassungsrechtes (Ortsrechtsanpassungssatzung)
(Nr. 10 - 13 0771/2001)**

Mitglied Camp stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen

Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage 1 gekennzeichnete Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an Bestimmungen des kommunalen Verfassungsrechtes (Ortsrechtsanpassungssatzung) der Stadt Emmerich am Rhein.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 13

**Bildung eines Ältestenrates und Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
(Nr. 10 - 13 0784/2001)**

Die Vorsitzenden der Fraktionen benennen ihre Mitglieder.
Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Der Rat bildet gemäß § 26 Abs. 1 GeschO einen Ältestenrat.
Diesem Gremium gehören die zu benennenden Ratsmitglieder an :

Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Diks, Johannes	Sloot, Birgit
Jessner, Udo	Diekman, Rolf
Beckschaefer, Christian	Arntz, Anneliese
Camp, Wilhelm	Struckhof, Detlef
Sickelmann, Ute	Maiß, Franz

Weiterhin wählt der Rat Herrn Kolja Hülsberg als stellvertretenden sachkundigen Bürger im Sozialausschuss für Frau Doris Tur, die ihren Sitz zur Verfügung stellt.
Für Herrn Kolja Hülsberg wird Herr Marc Jessner als stellvertretender sachkundiger Bürger im Kulturausschuss benannt.

30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Bürgermeister Boch hat in diesem Falle kein Stimmrecht

TOP 14

Vorlage des Jahresabschlusses der Abwasserwerke Emmerich zum 31.12.2000 mit zugehörigem Prüfungsbericht und Beschluss zur Rückzahlung von Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 4 i. V. m. § 4 EigVO (Nr. 70 - 13 0727/2001)

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Werksausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Emmerich,

1. den Jahresabschluss der Abwasserwerke Emmerich zum 31.12.2000 festzustellen und den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:
 - a) Abführung eines Betrages in Höhe von 1.379.500,00 DM im Rahmen der Eigenkapitalverzinsung an die Stadt Emmerich und
 - b) Einstellung eines Betrages in Höhe von 730.383,98 DM in die allgemeine Rücklage (Gewinnrücklage) und
2. den während des Wirtschaftsjahres 2000 getätigten Rückzahlungen aus der allgemeinen Rücklage (Kapitalrücklage) vom Eigenkapital der Abwasserwerke Emmerich in Höhe von 160.000,00 DM gemäß § 10 Abs. 4 i.V.m. § 4 EigVO zuzustimmen.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

IV. Anträge an den Rat

TOP 15

**Rheinpromenadenumgestaltung
(Nr. 61 - 13 0761/2001)**

Mitglied Beckschaefer bedauert es, dass an dem in der Vorlage genannten Gespräch die Fraktionsvorsitzenden nicht teilnehmen können.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt hierzu mit, dass die Verwaltung heute erfahren hat, dass das Gespräch seitens des Ministeriums am 09.11. nicht stattfinden wird. Der Hintergrund ist, dass es einen Referentenwechsel gegeben hat und der neue Referent keine Notwendigkeit sieht mit der Verwaltung ins Gespräch zu kommen. Die Verwaltung hat darauf hingewiesen, dass unterschiedliche Aussagen sowohl seitens des Ministeriums als auch der Bezirksregierung im Hinblick auf die Förderung getroffen wurden. Aus diesem Grunde sollte dieses Gespräch auch stattfinden.

Vom Ministerium wurde signalisiert, dass es nun eine interne Abstimmung zwischen Ministerium und Bezirksregierung gibt und die Verwaltung dann ein Gespräch mit der Bezirksregierung hat.

Der Rat nimmt die Aussage vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs zur Kenntnis.

TOP 16

Höhe des festen Hochwasserschutzes an der Rheinpromenade - Planungsabschnitt 2 (Nr. 61 - 13 0786/2001)

Mitglied Beckschaefer reicht die Stellungnahme der Verwaltung nicht aus.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt auf entsprechende Fragen von Mitglied Beckschaefer, dass es richtig ist, dass Herr Dr. Pfirrmann seine Einwände an die Bezirksregierung gerichtet hat, da dort das Planfeststellungsverfahren betrieben wird, in dem diese Einwände zur Kenntnis entsprechend abgewogen und in den Beschluss einfließen oder auch nicht. Auf die Frage, ob der Rückbau auf die Hochwasserstände Einfluss nimmt, erklärt der Geschäftsführer des Deichverbandes Xanten/Kleve war, dass es keinen Einfluss hat. Dieses kann in der nächsten Woche vor Ort explizid geklärt werden.

Mitglied Beckschaefer stellt die beiden Briefe von Herrn Pfirrmann der Verwaltung zur Verfügung.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Zunächst hat im Rahmen einer Baubesprechung die Verwaltung die Deichschau Emmerich angesprochen, ob sie aufgrund möglicher veränderter Rahmenbedingungen ihren Antrag abändern wird; dies wurde - wie auch schon der Presseerklärung des Deichgräfen Scheers zu entnehmen war - verneint. Eine telefonische Rückfrage bei der Bezirksregierung hat ergeben, dass - beziehungsweise auf die bereits bekannte Stellungnahme (NRZ/RP) des zuständigen Dezernenten - ebenfalls keine Abänderung des in Aussicht stehenden Planfeststellungsbeschlusses erfolgt.

Der Rat nimmt Kenntnis.

TOP 17

Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Zusammenlegung zweier Grundschulen;
hier: Mitteilung von Herrn Arntz

Herr Arntz verweist auf ein Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf vom 09.10. in dem sie bittet zu

püfen, ob die Kath. Martini-Grundschule und die Ev. Albert-Schweitzer-Grundschule zusammengelegt werden können.

Die Schulplanungskommission wird sich mit diesem Thema in ihrer Sitzung am 20.11.01 befassen.

Mitglied Jessner macht darauf aufmerksam, dass hier über die Gebäude und nicht um Bekenntnisschulen. Er bittet den Bürgermeister vorab schon mit den betroffenen Kirchengemeinden in Verbindung setzt, um diese Frage zu besprechen.

Herr Arntz teilt ergänzend mit, dass bereits Kontakt mit den beiden Kirchengemeinden aufgenommen worden ist. Sollte die schulorganisatorischen Maßnahmen vom Rat beschlossen werden, automatisch die Eltern der Schüler des gesamten Stadtgebietes befragt werden.

Anfragen

1. Freies Mandat;
hier: Anfrage von Mitglied Ulrich

Mitglied Ulrich spricht die Anschuldigung von Mitglied Gies zu TOP3 (Freies Mandat) an. Er ist der Auffassung, dass dieses nicht im Raum stehen bleiben kann. In seiner Fraktion, wie auch in der SPD-Fraktion sei ein solcher Fall nicht eingetreten. Er fragt nun den Vorsitzenden, ob er nicht mit der BGE-Fraktion Kontakt aufnehmen kann, um zu erfahren, welches Mitglied heute nicht frei entscheiden konnte und hierüber im Ältestenrat berichtet. Mitglied Gies erklärt, dass er nicht befugt ist, die Namen zu nennen, er appelliert an diejenigen, die sich unter Druck gefühlt haben, sich zu outen.

Mitglied Wernicke ist sehr empört über das Vorgehen von Mitglied Gies. Er erwartet von Herrn Gies eine klare Aussage oder eine Entschuldigung. ansonsten wird er sich entsprechenden Rat einholen, ob die Aussage rechtlich zu sanktionieren ist.

Der Vorsitzende macht Mitglied Gies den Vorschlag ein Gespräch unter vier Augen zu führen. Er werde dann mit den entsprechenden Ratsmitglied sprechen.

TOP 18 **Einwohnerfragestunde**

1. Renovierung der Kaßstraße;
hier: Anfrage von Herrn Teutenberg

Herr Teutenberg bezieht sich auf Attraktivitätssteigerung in der Innenstadt. Seit drei Jahren wird im Haushaltsplan eine Summe von 300.000 DM zur Renovierung der Kaßstraße bereitgestellt. Auch in diesem Jahr sind diese Arbeiten wieder nicht durchgeführt worden. Er fragt nach, ob es einen Zusammenhang mit dem Pan gibt, da hierfür ja Geld benötigt wird.

Der Vorsitzende teilt mit, dass für einige innerstädtische Projekte ein Förderantrag gestellt worden ist. Diese Fördergelder werden wahrscheinlich nicht bewilligt. Das Land hat die Aussage getroffen, dass die Fördergelder für die Rheinpromenade bevorzugt werden.

Ob Verschönerungsmaßnahmen in der Innenstadt durchgeführt werden, muss im Rat entschieden werden.

Mitglied Gies bedankt sich beim Vorsitzenden für die faire Verhandlungsführung und die hervorragende Organisation der heutigen Sitzung.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.15 Uhr, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin